

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 s, für das deutsche Reich und ganz Deutschland 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Poststellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilagen: Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 s. Columnen resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 s. — Verläufe 3-gespaltig 1 M 50 s. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 14. März.

1 Uhr. Auf Banderathstische: von Bötticher, von Caprioli, Dr. v. Schelling, Dr. v. Stephan, Dr. Jacobi u. A. Der Abg. Grober (15. Württemberg), bisher Staatsanwalt, ist zum Landrichter ernannt. Er stellt dies dem Reichstage mit der Anfrage mit, ob dadurch sein Mandat als erledigt zu betrachten sei. Das Schreiben geht an die Geschäftsverwalterkommission.

Das Gesetz betr. einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen u. s. w. wird in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Marineetat.

Bei Titel 1 der Ausgaben richtet

Abg. Richter die Bitte an den Chef der Admiralität, die Kräfteentlassungen auf den Schiffswerften, namentlich auf der zu Danzig, angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten, eine andere Beschäftigung zu finden, auf das Äußerste zu beschränken.

Chef der Admiralität von Caprioli: Ich bedauere von ganzem Herzen, daß durch die notwendigen Kräfteentlassungen eine Anzahl von Menschen brodlos wird, aber ich kann unmöglich im reichhaltigsten Interesse neue Arbeiter einstellen, um die Arbeiter zu behalten, sie müssen notwendig abhängig bleiben von dem vorhandenen Bedürfnis. Diese Erscheinung kommt zur Zeit in Frankreich und England ebenso vor, nur mit dem Unterschiede, daß dort die Entlassungen, den größeren Marineen entsprechend, zehnmal größer sind. Es liegen dafür innere Gründe vor und zwar bestehen dieselben darin, daß die Lebensdauer der eisernen Schiffe größer ist als die der hölzernen, und zweitens, daß man sich bei der Bestellung des Bedarfs immer mehr den Privatfabriken zuwendet. Die Arbeiterentlassungen des laufenden Jahres treffen zu meinem Bedauern die Werft Danzig am härtesten, die jetzt im Ganzen beinahe die Hälfte der Arbeiter entlassen wird, während Wilhelmshaven seinen Arbeiterbestand beibehalten wird. Danzig ist eben wesentlich auf Holzschiffe angewiesen, ist keine Ausrichtungs- sondern Reparaturwerk und beherbergt keine Schiffe, welche im Mobilmachungsfall schnell in Dienst gestellt werden. Das sind die wesentlichen Gründe, weshalb die Danziger Werft besonders getroffen wird. Also die Marineverwaltung in der traurigen Notwendigkeit, die Arbeiterkräfte einzuschränken, so ist Danzig der Ort, wo dies am ersten geschehen kann und muß, denn es werden die Reichsinteressen dort nicht geschädigt.

Abg. Richter: Er besteht allgemein der Wunsch, dem der Abg. Richter Ausdruck gegeben hat und auch der Herr Chef der Admiralität theilt denselben. Ich möchte Ihnen aus der letzten stattgehabten Beratung in der Budgetkommission mittheilen, daß gerade, um weitere Arbeiterentlassungen zu vermeiden, von dem ursprünglichen Gehalt, die zum Bau eines neuen Kreuzers im Marine-Extraordinarium angeordnete Summe um 200 000 Mk. zu kürzen, Absicht genommen worden ist.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Marine-Etat ohne Diskussion, soweit derselbe nicht der Beratung der Budgetkommission unterliegt.

Bei Titel 1 des Etats der Justizverwaltung richtet Abg.

Abg. v. Mirbach (Hess.): an die verbundenen Regierungen die Anfrage, ob in nächster Zukunft eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz vom 4. Juli 1868 zu erwarten sei, welche den seiner Zeit dem Hause von ihm und seinen Freunden ausgeprochenen Wünschen entgegenkomme, daß neben der Haftung der Genossenschaftler mit dem Gesamtvermögen auch Haftbefragungen zulässig sein sollen. Er und seine politischen Freunde legen dem Wunsch erhebliche Bedeutung bei, daß dies in thunlichster Nähe geschehe. Er hoffe, daß auch die andere große Parteien sich auf denselben Standpunkt befinden.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt von Schelling: Die Anschauungen der preussischen und, wie ich hoffe, auch der anderen Regierungen gegen sich durchaus mit dem Wunsch des Herrn Abgeordneten. Sie ist aber, daß ein Bedürfnis besteht, Genossenschaften mit Theilhaft in unsere Gesetzgebung einzuführen. Was die Frage anbelangt, welche Gestaltung diese neue Gesellschaftsform annehmen und wie sie sich einrichten soll in das bestehende System des Gesellschaftsrechts, so sind darüber entscheidende Beschlüsse noch nicht gefaßt. Ich kann nur die Versicherung geben, daß die verbundenen Regierungen der Fortbildung unseres Gesellschaftsrechts fortwährend ihre warmste Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. v. Bnol (Reichsp.): Die in Deutschland bestehenden Bestimmungen über Lagerheime und Vagabundensysteme, die sogenannten Bettelstätten, leiden nach allgemeiner Auffassung der theilnehmenden Kreise an allen einengenden Bestimmungen und bedürfen dringend der Erweiterung, wie sie Belgien, Schwitz, Italien, Spanien und Oesterreich besitzen. Ohne einen besonderen Antrag zu stellen, möchte ich hierzu die Anregung geben. In diesem Sinne haben sich u. A. bereits der deutsche volkswirtschaftliche Kongress in Mannheim und der Handelskongress von 1882 ausgesprochen, es ungeachtet der Interessen der Fortbildung des Vagabundens und des Kredit, daß die Lagerheime die Vagabunden selbst repräsentieren und namentlich auch, daß zur Aufstellung von Lagerheimen nicht nur staatliche Anstalten, sondern auch jeder Lagergeschäftsinhaber berechtigt ist. Wie man sieht, ist eine reichhaltige Regelung der Frage in Aussicht genommen. Es wäre von großem Interesse, zu erfahren, ob dies wirklich der Fall ist und ob dieselbe in näherer oder fernerer Zeit zu erwarten ist.

Staatssekretär des Innern von Bötticher: Die Frage betreffend, ob eine Ausbildung des sogenannten Vagabundens sich im Laufe befindet, so sind bei der Reichsregierung unmittelbare Anregungen nach dieser Richtung hin nicht eingelaufen. Dagegen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe die Frage aufgeworfen und zwar dazu veranlaßt durch eine Reihe von Petitionen, welche aus preussischen Handelsplätzen ihm zugegangen sind. Es ist nun vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe eine amtliche Untersuchung über die Frage des Bedürfnisses und in welchem Umfange und nach welcher Richtung eine Abänderung unseres Handelsgesetzes zu erfolgen habe, angeordnet worden von der Generaldirektion des Seehandlungs-Instituts und von dem Reichshandelsministerium, außerdem noch von einigen anderen Sachverständigen. Die Gutachten sind zum Theil eingegangen und ich kann, ohne mich weiter in Details einzulassen, hervorheben, daß im Allgemeinen die gegebene Anregung eine günstige Aufnahme in diesen Gutachten gefunden, das Bedürfnis anerkannt wird, und daß, so weit ich es übersehen kann, die Vorschläge sich wohl zur Durchführung eignen werden. Wenn die Gutachten liegen noch nicht vollständig vor, und es hat deshalb diese Frage innerhalb der preussischen und Reichsregierung noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Ich hoffe aber, daß in nicht zu ferner Zeit die Vorarbeiten ihr Ende finden werden; dann wird es Zeit sein, sich darüber zu unterhalten, ob und in welchem Maße eine Abänderung des Handelsgesetzes stattfinden soll.

Abg. Dittmer (H.): Ich kann mich der Meinung des Abg. v. Bnol anschließen. Auch die Mannheimer Handelskammer hat dieser Ansicht Ausdruck gegeben. Ich habe deshalb auch mit der Friedländer aus dem Munde des Ministers vernommen, daß die Frage in Aussicht genommen ist und daß wir einer Regelung derselben in absehbarer Zeit entgegenzusehen können.

Zu Titel 12, Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs persönliche Auskünfte des Abg. v. Bnol (H.): So viel mir bekannt ist, steht die Ver-

öffentlichung des bürgerlichen Gesetzbuchs nunmehr in naher Zeit bevor. Es ist mir gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, es könne bei dem Reichsjustizamt die Absicht bestehen, diesen Entwurf einem Buchhändler im ausschließlichen Verlag zu geben. Ich bin der Meinung, daß das sehr bedenklich sein würde, da dann die Veröffentlichung des Entwurfs erheblich eingeschränkt würde. Ich würde mich freuen, wenn der Staatssekretär darüber eine Auskunft geben würde.

Staatssekretär Dr. von Schelling: Die Veröffentlichung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs soll allerdings nach der Beendigung der Arbeiten geschehen, um den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, Kritik an dem Entwurf zu üben. Die dazu erforderlichen Maßnahmen stehen indessen nicht so nahe bevor, daß Veranlassung wäre, schon jetzt darüber Bescheid zu fassen. Ich bin daher nicht in der Lage, dem Abg. Bnol auf seine Anfrage eine Auskunft zu geben.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Etats.

Es folgt der Etat des Reichshandelsamts.

Abg. v. Mirbach: Die Frage der Silberverkäufe hat im vorigen Sommer eine heftige Erregung hervorgerufen. Ich beziehe mich auf diese Frage nicht den Standpunkt aller meiner politischen Freunde, aber doch den der großen Mehrheit derselben. Der Reichstag hat im vorigen Jahre durch eine Resolution die Regierung ersucht, die Währungsfrage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Der Bericht der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen meint nun, darauf habe die Regierung im Laufe der Antwort ertheilt durch die Silberverkäufe im vorigen Sommer. Bei dieser Sachlage darf ich nicht schweigen. Dem jetzigen Vertreter des Reichshandelsamts mache ich jedoch keinen Vorwurf, weil die Frage der Silberverkäufe schon vor seinem Eintritt in dieses Amt entschieden worden ist. So umfangreiche Silberverkäufe kann man nicht vornehmen, ohne einer Entscheidung der Währungsfrage zu präjudicieren. Hält man die Rehabilitation des Silbers für möglich, wozu dann die Silberverkäufe? Hält man sie für unmöglich, dann war die Stillung der Silberverkäufe im Jahre 1879 ein schwerer Fehler. Statt das Silber jetzt zu verkaufen, sollte man lieber in größerem Umfange Scheidemünzen anbringen, um welchen überall großer Mangel herrscht. Dadurch hätte man einen Gewinn von 1,9 Millionen erzielt gegenüber einem Verlust von 4 Millionen durch die Manipulation der Silberverkäufe. Auch in England hat man die Silberverkäufe der Reichsregierung als präjudizierend für die Währungsfrage angesehen. Bei der Nothlage der Landwirtschaft haben die Silberverkäufe ein schmerzliches Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen, weil wir die Rehabilitation des Silbers als ein Mittel zur Abhilfe der Noth ansehen. In Berlin macht der wirtschaftliche Nothstand seinen so vollkommenen Eindruck, weil Berlin in dieser Richtung gegenüber dem platten Lande und den anderen Städten in Folge des Zusammenfließens einer größeren internationalen Kapitaliens eine Ausnahme macht. Der Reichskanzler sagte im Februar des vorigen Jahres selbst, die Noth der Landwirtschaft ist jetzt schwerer, als im Jahre 1879. Der preussische Finanzminister hat in diesem Jahre im Abgeordnetenhause gesagt, daß der Rückgang der Steuerkraft der Landwirtschaft ein schmerzender sei, besonders in den südlichen Theilen der Monarchie. Selbst in England, dem festen Bollwerk der Goldwährung, ist die Frage der Währungsfrage des Silbers einer künftigen Kommission zur gründlichen Prüfung vorgelegt worden. Es ist von jener Seite eine sehr sorgfältige Heranziehung der reicheren Einkommen in einer Vorlage verurtheilt worden; ich möchte Ihnen einen anderen Vorschlag machen: ziehen Sie, bitte, diejenigen Herren, die hier als Reichstagsabgeordnete sich mit Steuer- und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, in dem vollen Umfange persönlich heran, der sich ergibt aus dem Gewinn, der ihnen erwachsen könnte aus den wirtschaftlichen Maßnahmen, an denen sie theilhaftig sind. Mir persönlich wäre eine solche Heranziehung außerordentlich angenehm, denn ich würde mich viel freier bewegen können in Bezug auf wirtschaftliche Fragen. Legen Sie den Grundbesitzern, die an sich ja schon eine bedeutende Erschwerung sind, noch ein doppeltes Maß von Steuern auf, insbesondere denen, die Mitglieder des nach Meinung der Herren auf jener Seite überflüssigen Herrenhauses sind. Ich möchte dann aber auch bitten, daß die Herren aus dieser Extrasteuer die Ansprüche zunächst befriedigen, die uns in unserer exponirten Stellung der Nothwendigkeit nach allen Richtungen hin erwachsen. Ich lege in dieser Frage auf das Urtheil des Abg. v. Mirbach, dessen Name ungenannt ist, von der Frage der Goldwährung, der der eigentliche Vater derselben ist, den größten Werth, der auch nicht gemindert wird durch die jetzige geringe Zahl seiner Parteigenossen. Ich habe diese hervor, gegenüber dem Abgeordneten Richter, der im Jahre 1881 schrieb: „Wo sind die Säulen der konservativen Partei, die Herren von Mirbach und Richter?“ Ich will in dieser Ton nicht fallen, es ist weder großmüthig noch vornehm, dem Gegner seine Niederlage vorzuhalten, der sie schon gegen sich selbst empfindet. Ich lege also jetzt noch auf die Ansicht des Abgeordneten v. Mirbach großen Werth. Seine Liebe zum vorigen Jahre entfällt, abgesehen von einigen verächtlichen anderen Parteien, die er lieber unterlassen hätte, für mich nur einen sachlichen Punkt von hervorragender Bedeutung. Er sagte, es wäre sehr bedenklich, irgend welche Vorbegehungen nach dieser Richtung hin zu machen, der Höhepunkt der Noth sei aber wohl erreicht, wenigstens sei dies wahrscheinlich, wie er vorzüglich hinzusetzte. Das Verhältniß zwischen Gold- und Silberwährung von 1 : 15 sei konstant das eines Jahrhunderts; aber gerade das Gegenteil ist eingetreten, überall sind die Preise der landwirtschaftlichen Produkte heruntergegangen.

Der Abg. v. Bnol sagte ferner im vorigen Jahre, die Wenden des Handels wären ebenso groß wie die der Landwirtschaft, schwerer könne die Landwirtschaft nicht leiden als der Handel. Der Herr Abg. v. Bnol kennt ja die Verhältnisse der Landwirtschaft gar nicht. Wenn man zwei Dinge miteinander vergleicht, so muß man sie ganz gleich kennen. Herr v. Bnol hat wenigstens aus gegeben, daß die Landwirtschaft darunter leide. Bald nach seiner Rede sagte aber der Bericht der Handelskammer von Hamburg: Nach mehreren Jahren geschäftlicher Nothlosigkeit hat sich in diesem Jahre eine erhebliche Besserung zum Behern gezeigt. Der Preis der Waaren ist, wenn man auf eine längere Reihe von Jahren zurückblickt, immer noch ein mäßiger, indessen geistiger. Nun hat der Abg. v. Bnol den Beweis zu führen gesucht, — und das ist die der springende Punkt der ganzen Sache — daß nicht das Silbergeld Schuld an dem verkehrten Export aus Indien sei, sondern die vermehrten Eisenbahnkosten, der Rückgang der Frachten u. s. w. Das ist alles sehr schön, aber sehr bald nachdem der Abgeordnete v. Bnol gesprochen hatte, erschien ein Werk von einem Gelehrten, der ich nicht einmal kenne, dem Professor Wolf in Zürich, der die Frage objektiv eingehend studirt hat. Der kommt auch zu der Ansicht: Die zukünftige Gestaltung des Silberpreises spielt in erster Reihe bei der Ausfuhr des indischen Weizens eine Rolle; die Entwicklung der ostindischen Weizenexport ist zuerst gefördert durch die Erniedrigung des Silberpreises. Die freisinnige, liberale, demokratische „Frankfurter Zeitung“, ein Goldwährungsblatt, sagte vor einiger Zeit: „Der Rückgang der russischen Wälsche haben einen sehr bedeutenden Export von russischen Weizen zur Folge gehabt.“ Das ist ein solcher Ausdruck der Wahrheit geradezu als Exportprämie wirken muß, ist ganz zweifellos, denn Rückgang der Wälsche und Ausgleichung des Preises zwischen sich nicht gleichzeitig. Daß die Eisenbahnkosten, Rückgang der Frachten u. s. w. auch Einfluß darauf haben, will ich nicht bestreiten, ich möchte auch nicht die Währungsfrage allein für alles verantwortlich, aber in derselben liegt das Hauptmoment. Länder,

welche an das Ausland hohe Zinsen zu zahlen haben, werden sich selbst mit niedriger Wälsche immerhin noch wehler fühlen können, als wir, und ich lade den Abg. v. Bnol ein, einmal mein Gast in Rußland zu sein, um dort die Sache genau zu studieren. Bezüglich Indiens sagt ein offizielles Attestat, der Bericht des österreichischen Konsuls von Bombay vom Jahre 1886 über die Stabilität der Wälsche, der Export nach Indien aus Ländern mit Goldwährung muß durch die Entwertung des Silbers offenbar leiden, und dieser Umstand macht sich immer mehr geltend. Die indische Konkurrenz wurde durch die Silberverkäufe außerordentlich begünstigt. Der Standpunkt des Kapitalisten, der sich sagt, eine hohe Wälsche in Goldwährung muß mein Vermögen steigern, ist naturgemäß ein ganz anderer als der des Landwirts. Dem Reichskanzler, dem die deutsche Landwirtschaft schon so viel zu danken hat, ist dieselbe auch für die Stillung der Silberverkäufe im Jahre 1879 sehr dankbar gewesen. Hoffen wir, daß es endlich zu der längst von uns gewünschten Rehabilitation des Silbers werthes kommt. (Beifall rechts.)

Staatssekretär im Reichshandelsamt Dr. Jacobi: Es sind in den letzten Jahren von dieser Stelle wiederholt Erklärungen abgegeben worden, daß es die verbundenen Regierungen gegenüber der so bestrittenen und schwierigen Währungsfrage für angemessen halten, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen. Die von dem Vorredner erwähnte Thatsache, daß man in England zu einer Enquete bezüglich der Währungsfrage übergegangen ist, wird, glaube ich, für die Haltung der verbundenen Regierungen unterstützend sein. Der Bundesrath hat über die seitens des Reichstags gefaßte Resolution seinerseits noch keinen Beschluß gefaßt. Die Stillung der Silberverkäufe erfolgte zu einer Zeit, als der Silberpreis wesentlich zurückgegangen war und man fürchten mußte, daß bei einem weiteren absteigenden Silberverlaufe ein erheblicher Druck auf den Silbermarkt geübt werden würde. Der neuerliche Verkauf von Silberbarren und eines Theils der eingeschmolzenen Thaler an die ägyptische Regierung geht aus dem Rahmen, der durch die von mir eben erwähnten Vorzüge bezeichnet ist, nicht hinaus. Die ägyptische Regierung wollte bei der hiesigen Münze Anordnungen stattfinden lassen und es konnte und dies nur erwünscht sein. Es war Ursache, der ägyptischen Regierung zu Hilfe zu kommen. Die Verkäufe an die ägyptische Regierung konnten ohne jedes offenkundige Herabtreten erfolgen und die Regierung wurde dadurch in den Stand gesetzt, die bisherigen Zinsverluste, die aus dem Lager des Barren erwachsen, und die dadurch gleichzeitig herbeigeführte Schwächung der Betriebsfonds zu beseitigen. Ein Druck auf den Silbermarkt sollte damit nicht geübt werden, ist auch nicht geübt worden, denn die Verkäufe vollzogen sich vollständig in der Stille. Im November vorigen Jahres, als das Vorhaben der deutschen Regierung bekannt wurde, befand sich der Silber-Cons bereits in einer rückgängigen Bewegung. Er stellte sich am 30. November, an welchem Tage die Sache in diesem Hause besprochen wurde, auf 46 Pence pro Unze Standard. Er fiel allerdings am 2. Dezember auf 45, stieg aber schon wieder am 3. Dezember und steigerte sich am 7. bereits auf 46. Der Herr Abgeordnete hat auf die Verkaufspreise eines englischen Blattes Bezug genommen, wonach durch das Vorhaben der deutschen Regierung, durch die Silberverkäufe an die ägyptische Regierung, die Stellung der deutschen Währung entschieden sein sollte. Mir sind auch Versicherungen der Zeit zu Gesicht gekommen, in denen ausgesprochen wurde, daß der Preis des Silbers wieder steigen werde, sobald der wahre Sachverhalt bekannt wurde. Nun hat der Abgeordnete noch Bezug genommen auf die nicht zu läugnende Thatsache, daß ja auf deutscher Seite mit der Silberausprägung hätte weiter vorgegangen werden können. In dieser Beziehung habe ich zunächst zu bemerken, daß wir mit den Silberausprägungen bis auf den Maximalbetrag vorgegangen sind, der zulässig war gegenüber den Resultaten der Volkszählung von 1880. Die Resultate der Volkszählung von 1885, welche eine Vermehrung der Silberausprägung um etwa 16 Millionen gestatten würden, lagen zu der Zeit, als wir der ägyptischen Regierung verhandelt wurde, noch nicht vor, jedenfalls reduzierten sich danach wesentlich die 26 Millionen, welche der Abgeordnete annimmt. Aber auch hiervon abgesehen: es darf doch mit der Silberausprägung nicht ohne Maß vorgegangen werden. Die Regierung hat abgewartet, inwiefern ein Bedürfnis sich nach dieser Richtung hin kundgibt, und nicht diesem Bedürfnis folgen, sobald es hervortritt, wie das auch bisher geschehen ist. Ueber das Bedürfnis hinauszuweisen, würde wirtschaftlich nicht richtig sein. Und wenn der Abgeordnete der Regierung gegenüber zusammenrechnet einerseits die Verluste, die entstanden sind durch Verkauf der Barren und eines Theils der Thaler an die ägyptische Regierung und andererseits die Gewinne, die hätten erzielt werden können, wenn man mit noch weiterer Ausprägung von Silbermünzen vorgegangen wäre, so vergißt der Abgeordnete, daß in diese vertheilte Ausprägung von Silbermünzen noch jeden Augenblick gegeben kann, wenn eben ein Bedürfnis vorliegt, und daß jedenfalls, um eine richtige Rechnung aufzustellen, nicht die eintretenden Verluste, und die durch geringere Ausprägung von Silbermünzen entgangenen Gewinne zugerechnet werden dürfen. Ich glaube also, daß das Vorhaben der Regierung, welches bemängelt worden ist, sich in dem Rahmen gehalten hat, welcher auch früher von der Regierung als der zutreffende und richtige bezeichnet worden ist.

Abg. Dr. v. Bnol (H.): Der erste Theil der Ausführungen des Abg. v. Mirbach ist bereits durch den Vertreter der verbundenen Regierungen, soweit es denselben notwendig schien, erledigt worden; der andere Theil war rein akademisch, und Herr v. Mirbach hat wohl auch nicht erwartet, daß in dem gegenwärtigen Augenblicke die Diskussion über diese intrikaten Fragen irgend einen Schritt auf der Bahn praktischer Maßregeln weiter führen würde. Ich brauchte ihm also gar nicht zu erwidern, wenn es nicht die Höflichkeit erforderte, daß ich bei der verbindlichen Art, in welcher er mich in die Diskussion gezogen hat, ihm antworte. Der Abg. v. Mirbach hat unsere Aufmerksamkeiten über diese Frage von März vorigen Jahres refapitulirt und hat mir vorzuerzählt, daß ich damals die bismarcksche Partei verabsichtigt hätte. Nun, der Rahmen dieser Partei ist ein so weiter, es sind darin so viele Elemente, daß doch vielleicht der eine oder der andere darunter des Verdachtes nicht unwürdig ist. Daß ich weder den Abg. v. Mirbach noch jemanden, den er seiner Befähigung würdigt, gemeint habe, ist selbstverständlich. Ich habe damals auf einen gewissen Zusammenhang zwischen der bismarckschen Agitation in Deutschland und andererseits in Nordamerika und Frankreich hingewiesen. Aber ich bezog mich durchaus nicht auf Vermuthungen, sondern ich habe einen bestimmten Zusammenhang nachgewiesen und ich konnte das jetzt illustriren durch ein Schreiben eines hiesigen Führers nach Washington. Ich fühle mich vollständig frei von den Vorwürfen, die mir Abg. v. Mirbach entgegenstellt. Dann hat er mir eine falsche Vorbeziehung vorgehalten, die ich, wenn auch vorsichtig verurtheilt, vorgebracht hätte, als ich im März vorigen Jahres davon sprach, daß vielleicht endlich Zeichen vorhanden seien, daß der Niedergang der Geschäftslage sein Ziel erreicht hätte und jetzt wieder ein Anzeichen davon stünde. Nun, wenn Abg. v. Mirbach mir hätte ein besonderes Kompliment machen wollen, so hätte er es nicht besser thun können, als dadurch, daß er an meinen damaligen vorläufigen Ausspruch erinnerte. Denn es ist gar keine Frage, daß ohne die politischen Komplikationen in den letzten Monaten . . . Abg. von Karberg: (Halt) Sie Herr von Karberg, seien Sie vorsichtig mit ihren Protesten, Sie können sich leicht verrechnen — ich sage, die Thatsachen sprechen entschieden zu meinen Gunsten. Es ist notorisch, neben Sie irgend ein ökonomisches Blatt, meinetwegen den „Economist“,

den Herr von Mirbach ja zu lesen scheint, so konstatieren diese Blätter, — und es ist ganz bekannt, daß ungeschätzbar die Jahreswende, sogar schon im Herbst, überall und besonders in Nordamerika, welches für uns ja sehr wichtig ist, eine Besserung eingeleitet hat, daß eine Besserung im Preise, ein größerer Absatz, eine größere Zirkulation der ganzen wirtschaftlichen Thätigkeit sich kundbar machte, und nur die politische Verunsicherung des Horizonts hat es mit sich gebracht — ich sage das nicht als einen Vorwurf, sondern als eine Konstatierung der Thatsachen — daß diese Bewegung wieder einen gewissen Einhalt erfährt, der sie aber im Ganzen nicht hindern konnte. Der Fortgang der Bewegung erstreckt sich in derselben Richtung, und wenn der politische Horizont sich weiter aufklärt, werden wir wohl auch wieder auf den Ausgang zurückkehren, der sich im Herbst gezeigt hat. Also wenn der Abgeordnete von Mirbach mich der falschen Prophezeiung zu überführen gedächte, so hat er ins Falsche geschossen, nicht ich.

Herr von Mirbach ist weiter auf die Silberverkäufe eingegangen. Da muß ich antworten: die ganze Geschichte handelt sich um ein paar Millionen. Also von Wichtigkeit — anher im Prinzip — sind thatsächlich diese Verkäufe gar nicht gewesen. Selbst man an den paar Millionen, die da lagen, verloren ging, kommt nicht in Betracht gegenüber den Verlusten, die seit dem Jahre 1879 vom Reich ertragen worden sind. Die Sache ist gar nicht von Werth, deswegen freue ich mich darüber, daß die Regierung trotz der Mahnung, von der Goldwährung zur Silberwährung zurückzugehen, die Silberverkäufe wieder aufgenommen hat. Wenn Herr von Mirbach übrigens einen Schaden von vielen Millionen herausrechnet, so kann man einen Schaden doch nur erleiden, wenn man etwas unter Werth verkauft, nicht wenn man über dem Werth verkauft. (Widerspruch des Abg. von Mirbach.) Ja, Herr von Mirbach, wenn Sie glauben, daß die Regierung Schaden erlitten habe dadurch, daß sie 6-7 Millionen Silber verkaufte, so läßt sich dagegen ein einfacher Beweis anführen. Das Silber ist zu 47 Pence verkauft worden, heute steht es 46 Pence, also kann die Regierung es mit 1 Penny, d. h. mit 2 Proz. Nutzen zurückkaufen. (Heiterkeit links.) Wenn der Herr von Mirbach nicht mit der Einführung der Goldwährung identisch ist, so ist das etwas stark dargelegt. Ich möchte, ich könnte für mich allein dieses Verdienst in Anspruch nehmen, ich theile es aber mit andern Männern, die eine größere Rolle in der Geschichte des deutschen Reiches spielen. Nebenbei rechne ich dies zu den besten Diensten, die ich dem deutschen Reich leisten konnte.

Daß es ein Fehler war, 1879 die Silberverkäufe einzustellen, wird jetzt jeder einsehen, der den Dingen gefolgt ist. Wenn man glaubt, es war nicht richtig, die Doppelwährung gänzlich aufzugeben, so war es doch jedenfalls ein Fehler, nicht mit 56 zu verkaufen, anstatt mit 46. Herr v. Mirbach meint, statt zu verkaufen, hätte man Scheidemünze prägen sollen. Darauf ist ihm schon die richtige Antwort vom Reichspräsidenten gegeben. Man macht nicht Scheidemünze, weil man Silber liegen hat, sondern nur, wenn ein Bedürfnis danach im Lande ist; das letztere hätte er also beweisen müssen.

Der Herr Abg. v. Mirbach hat nun gesagt: selbst das in der Goldwährung so halbhartig verfahrenes England denkt jetzt darüber nach, so nicht zum Bimetallismus zurückkehren sei. Das sagt man schon seit vielen Jahren, und wir schütteln seit vielen Jahren ausgiebig das Haupt dazu. „England, das ein viel größerer Interesse an der Hebung des Silberpreises hat, als Deutschland, hat jetzt eine Kommission zur Prüfung der Sache eingesetzt.“ Was heißt das? Das ist ein Schrei der Verzweiflung, wenn man keinen anderen Weg weiß.

Zu Uebrigen, worüber beklagen Sie (rechts) sich? Sie haben im vorigen Jahre mit Mehrheit den Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, daß sie darüber nachdenke, ob nicht etwas in der Währungsfrage zu thun sei. Nun, die Regierung denkt noch darüber nach. (Große Heiterkeit.) Sie ist nicht so schnell damit fertig wie ein landwirtschaftlicher Verein, in welchem der Herr v. Mirbach einen Vortrag hält und dann ein einstimmiger Beschluß gefaßt wird. Die Regierung ist langsamer. Für Sie (rechts) ist es nicht ungeschicklich, die Regierung noch einmal aufzufordern, darüber nachzudenken; denn wenn man selbst nicht ganz gewiß über eine Sache ist, darf man nicht andere Leute aufordern, darüber nachzudenken. Ich glaube, Sie haben sich nicht gekümmert als gekümmert; je länger die Regierung nachdenken wird, desto weniger wird sie die Doppelwährung einführen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Der Kern der Frage sei, ob das Sinken der Preise mit der großen Währungsänderung, welche stattgefunden, zusammenhänge und diese Frage klinge wieder ab von dem Nutzen und der Stellung der Edelmetalle als Geld. Es sei durchaus falsch, das Geld lediglich als Wertheußerer zu betrachten. Unzweifelhaft entspringe das Sinken der Preise aus der Demonstration des Silbers, das seit Herbst vor der Goldwährungseinführung 1885 vorhergegangen war. Solche selbstverständliche Dinge liegen sich am allergeringsten beweisen, es sei eben selbstverständlich, daß ein niedriges Preisniveau gleichbedeutend sei mit einer hohen Kaufkraft des Geldes und umgekehrt. Am wenigsten werde in Deutschland das Sinken der Preise noch in den Arbeiterpreisen gespiegelt, wo aber, wie bei den Arbeitern von Charleroi, das niedrige Preisniveau das gewaltige Herabsinken der Arbeitslöhne zur Folge gehabt hätte, da entständen Anzeichen, wie dort. Von diesen würde und könne Deutschland, wenn es so fortginge, auch nicht verschont bleiben. Auch England drohe diese Gefahr aus dem Sinken der Arbeiterpreise. Hier liege der Zusammenhang der großen sozialen Fragen mit der Währungsfrage. Deutschland, welches mit der Goldwährung den Anstoß zu diesen bedrohlichen Erscheinungen gegeben, solle es sich nicht angelegen sein lassen, dem Silber wieder zu seinem Werthe zu verhelfen.

Abg. Boermann (nl.): Der Abg. von Mirbach hat seine Angriffe gegen mich damit begonnen, daß ich nicht die Landwirtschaft kenne und daher auch wohl nicht darüber sprechen könne, ob ein Sinken der Landwirtschaft mit dem Sinken des Handelsstandes zu vergleichen sei. Ich glaube, daß das eigentlich nicht richtig ist. Man kann wohl zwei Leiden, die aus verschiedenen Ursachen entspringen, mit einander vergleichen, ohne auf die Ursache der Krankheit eingehen zu müssen. Herr v. Mirbach hat dann versucht, meine Rede vom vorigen Jahre mit dem Jahresbericht der Handelskammer in Widerspruch zu bringen. Das ist aber ebenfalls nicht der Fall. Denn wenn ich im vorigen Jahre im März hier noch von einer Zeit sprach, wo der Handel allgemein herunterlag und allgemein leidend war, steht in diesem Jahresbericht der Handelskammer ausdrücklich: „Während während der ersten Hälfte des Jahres die künftige und gemächte Stimmung an, welche wir in unserem letzten Berichte an den Zeichen hatten und welche in einem Heberwogen des Angebots in allen Waarenartikeln sowie in einem immer weiteren Zurückgehen der Preise ihren Ausdruck fand.“ Es ist dann hinzugefügt: „In der zweiten Hälfte aber trat zunächst bei einzelnen wichtigen Importartikeln, wie erwahnen nur Kaffee, Gewürze, Petroleum, eine Besserung ein.“ In der That ist es merkwürdig, daß diese Preissteigerung der Waaren gleichzeitig eintrat, als ein besonderes Zeichen des Silbers konstatiert wurde, denn als im vorigen Jahre das Silber plötzlich auf 42-43 Pence herunterging, da war gerade derselbe Moment, wo sich die Waaren besonders hoben, und seit der Zeit haben sich auch die Preise bei manchen anderen Artikeln. Diese Preissteigerung bezeichnet den Aufschwung des Handels mit dem Silber. Eine zweite Besserung der Landwirtschaft ist eingetreten nach meiner Auffassung fast ausschließlich durch die Goldwährung und das ist eine Erniedrigung des Zinsfußes. Es ist gar kein Zweifel, daß die Erniedrigung des Zinsfußes eine Wirkung davon ist, daß wir in Deutschland die Goldwährung haben, daß wir auf denselben Fuß stehen wie England und der englische Markt mit dem deutschen sich außerordentlich leicht ausgleichen kann. Diese Erniedrigung des Zinsfußes ist doch aber ganz besonders und fast ausschließlich der Landwirtschaft zu Gute gekommen, weil sie dadurch in den Stand gesetzt worden ist, die großen Konventionen zu machen, welche thatsächlich in den letzten Jahren erfolgt sind. Wenn die Landwirtschaft auf der einen Seite denkt, daß sie durch die Einführung des Bimetallismus, durch Zahlung der Schulden in Silber statt in Gold einen Vortheil zu erzielen hofft, so möchte ich darauf hinweisen, daß die auf diese Weise erwartete Schuldenermäßigung um 25 Proz. bereits durch das Sinken des Zinsfußes von 4½ auf

3½ Proz. eingetreten ist. Wenn thatsächlich stehen die 3½ Proz. Spannbreite fast überall pari.

Aus der Rede des Herrn von Mirbach habe ich dann besonders gesehen, daß er weniger für den Bimetallismus gesprochen hat, als für eine unterwerthige Valuta. Er hat ausdrücklich davon gesprochen, daß bei einer unterwerthigen Valuta ermöglicht würde, den Export zu erleichtern und hat uns dafür die Beispiele angeführt. Dann hat Herr von Kardorff ausdrücklich ausgeführt, daß in England die Preise anfangen ganz bedeutend zu steigen. Ich glaube, daß das richtig ist, denn dieselbe Zeitungsmenge, die Herr v. Kardorff gelesen hat, ist auch mir vorgekommen und lautet: Aus Petersburg wird uns geschrieben, daß die Entwerthung der Papierwährung sich mehr und mehr der Bevölkerung fühlbar mache und die Preise für Lebensmittel Gegenstände um 30 und mehr Prozent in die Höhe gegangen seien. Wenn das der Fall ist, so wird die zweite natürliche Folge die sein, daß überall da, wo die unterwerthige Valuta herrscht, auch die Arbeitslöhne bedeutend in die Höhe gehen und sich in Folge dessen die Produktionskosten außerordentlich erhöhen werden. Es ist nun wiederholt auf die Leichtigkeit des Exports von England hingewiesen worden, und da möchte ich mir doch erlauben, Ihnen die Zahlen über den russischen Export der letzten Jahre zu nennen. Es sind von dort im Jahre 1885 4 200 000 Doppelcentner Roggen, im Jahre 1886 nur 3 279 000 Doppelcentner Roggen nach Deutschland importirt worden. Von Weizen sind im Jahre 1885 3 332 000 Doppelcentner und im Jahre 1886 nur 1 416 000 Doppelcentner ausgeführt worden. Ich glaube, daß diese Zahlen ihre Erklärung darin finden, daß in England die Valuta so schlecht ist, daß in England die Produktion so außerordentlich ungünstig gestellt worden ist durch die unterwerthige Valuta. Das sehen wir auch in Oesterreich. In allen diesen Ländern sind die Staatsabgaben, die ständigen Kosten des Lebensunterhaltes so viel größer, daß die Produktion dort außerordentlich erschwert wird. Wenn wir nun diese Verhältnisse einmal auf unser deutsches Land anwenden wollen, so möchte ich doch darauf hinweisen, welche Folgen das für unser Reichsbudget haben würde, wenn wir anstatt den Beamten ihre Gehälter in reichwerthiger Valuta, in Gold zu zahlen, die 650 oder 700 Millionen Ausgaben, welche wir haben, in einer unterwerthigen Valuta zahlen müßten, so würden sich diese Ausgaben und damit das Defizit unseres Reiches in einer Weise erhöhen, daß das jetzige dagegen gering erscheinen würde. Es würde das eine der Hauptbedenken gegen die Einführung der Silberwährung sein. Nun wird es ja außerordentlich oft erwähnt, daß die Goldvaluta den Export erschwere und die Einfuhr erleichtere, da will ich Ihnen die Zahlen vorführen, welche für uns maßgebend sind, als alle Zahlen aus Indien und anderen Ländern. Im Jahre 1872 war die Einfuhr Deutschlands 14 400 000, der Werth betrug 4½ Milliarden. Im Jahre 1884 war das Quantum auf 20 Millionen Tonnen, also um etwa 40 Prozent, der Werth derselben war von 4½ auf 4½ Milliarden gesunken. Während die Einfuhr also quantitativ um 40 Prozent, dem Werthe nach sehr wenig gestiegen ist, betrug die Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1872 etwa 11 Millionen Tonnen, im Jahre 1884 22 Millionen. Das Quantum hatte sich also verdoppelt, der geschätzte Werth der Ausfuhr war im Jahre 1872 etwas über 3½ Milliarden, im Jahre 1884 4½ Milliarden. Während also die Einfuhr dem Werthe nach nahezu stabil geblieben, ist die Ausfuhr in Deutschland nahezu um 40 Proz. gestiegen. Das beweist doch wirklich nicht, daß uns in Deutschland die Goldwährung mit Bezug auf die Ausfuhr irgendwie geschadet hat, sondern ausdrücklich, daß auch die Einfuhr in Deutschland in dieser langen Zeit keineswegs zugenommen hat. Es scheint mir, daß wir also im Allgemeinen in Deutschland recht gesunde Zustände haben.

Ich bin jetzt überzeugt, daß unsere Goldwährung, augenblicklich auf einem Standpunkt durchgeführt ist, der uns dahin geführt hat, daß Deutschland der erste Geldmarkt der Welt ist. Ich höre, daß die Befürchte der Reichsbank ebenso hoch, wenn nicht noch höher sind, als die Befürchte an Gold in der englischen Bank. Wenn wir von dieser sogenannten Quantitätstheorie sprechen, so ist es für mich doch zweifellos, daß sich noch nirgend in der Welt wirklich ein Mangel an Geld gezeigt hat. Im sogenannten Handel hat es sich herausgestellt, daß die Geldüberweisungen sich vollziehen, ohne daß die Quantitäten des Geldes, welche in der Reichsbank ruhen, auch nur irgendwie berührt zu werden brauchen. Ich glaube, daß es nicht richtig ist, daß nicht Gold genug in der Welt sei, deshalb glaube ich, daß wir wohl daran thun, bei dem zu bleiben, was wir haben. Es ist das bekannte Gleichniß mehrfach erwähnt worden, daß die Goldwährung eine Decke sei, an der alle Nationen sitzen, und von der keine Nation ganz genug bestimme. Wenn dieses Gleichniß richtig ist, so bin ich sehr überzeugt, daß wir augenblicklich einen recht guten Zipfel dieser Decke gefaßt haben, der uns recht gut deckt, und daß wir nichts weiter zu thun haben, als diesen Zipfel der goldenen Decke recht fest zu halten. Das wird das Beste sein, was wir thun können. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Lehren (Reichsp.) tritt den Ausführungen der Abg. v. Mirbach und v. Kardorff entgegen, daß die Demonstration des Silbers eine Preissteigerung für die Produkte der Landwirtschaft und damit Hebung der Nothlage der letzteren herbeiführen werde. Er möchte jedoch, daß die Reichsregierung die Goldwährung nicht verlasse, sonst würden wir viel schneller unruhige Ereignisse im Vaterlande zu beklagen haben, als sie die Freunde der Doppelwährung befürchten.

Abg. Dr. Hamberger (fr.). Der Abg. Mirbach hat eine Prophezeiung von mir erwähnt, daß das Verhältniß des Goldes zum Silber für ein Jahrhundert dasselbe, nämlich 1:15½ bleiben würde. Er kann damit nur meine Meinung in der Sitzung des Reichstages vom 11. November 1871 gemeint haben. Damals beschäftigte uns ein interessantes Problem, über welches eine Reihe von Streitschriften entstanden und das auch zum Gegenstand einer akademischen Preisfrage gemacht wurde, nämlich nachzuweisen, nach welchem Verhältniß bei dem Uebergang aus der alten Silberwährung zur Goldwährung die Schulden regulirt werden sollten. Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß ich sagte: weder vorwärts noch rückwärts haben wir zu bliden bei der Findung dieses Maßstabes, sondern nach dem Moment. An jenem Tage war nun das momentane Verhältniß 1:15½ und da sagte ich denn: „Die heutige Lage stimmt überein mit dem Durchschnittsverhältniß des ganzen Jahrhunderts, d. h. des rückwärts liegenden Jahrhunderts.“ Von einer Prophezeiung war mit keiner Silbe die Rede und um so weniger, als ich immer derjenige war, der am eifrigsten rief, möglichst schnell mit dem Silber aufzuräumen. Sie brauchen dabei die Formel: „Die Frage ist nicht, woher das Geld nehmen, sondern wohin mit dem Silber.“ Prophezei aber habe ich damit gar nicht.

Abg. v. Mirbach: Die Volkszählung von 1885 hat eine Einwohnerzahl von 46,8 Millionen Seelen ergeben; im Verhältniß zu dieser Zahl ist also die Ausprägung von Silbermünzen um 26 Millionen Mark zurückgeblieben.

Staatssekretär Dr. Jacobi: Es ist ganz richtig, wenn der Abgeordnete v. Mirbach sagt, daß noch für 68 Millionen Mark Reichsilbermünzen ausgeprägt werden könnten; die Summe stelle sich sogar noch auf eine halbe Million höher. Darin liegt aber nicht die Differenz, streift sie nur, um wie viel die Ausprägung der Reichsilbermünzen hinter dieser Summe zurückgeblieben ist. Dies bezieht Herr von Mirbach auf 26 Millionen, die noch ausgeprägt werden könnten, und ich habe die Summe auf 16 Millionen beziffert. Schon die Nachweisung über die Reichseinnahmen und Ausgaben von 1885/86 beweisen, daß Ende März 1886 445 970 000 Mk. in Reichsilbermünzen ausgeprägt waren, und an einer anderen Stelle derselben Uebersicht ist erkennbar, daß im Juli 1885 der Bundesrath beschloß, noch über 10 Millionen Mark auszugeben. Diese Ausprägung war im März 1886 noch nicht vollendet und ist auch jetzt noch nicht vollendet, insofern, wenn die rückständigen Prägungen ausgeführt sind, wird sich die Gesamtsumme der dann ausgeprägten Reichsilbermünzen auf 452 334 000 Mark stellen und dann, wenn Sie diesen die 68 Millionen gegenüberstellen, werden nur noch etwas über 16 Millionen ausgeprägt werden können, wie nach dem Resultat der Volkszählung von 1885 festgestellt ist. Dieses Resultat war zur Zeit der Silberverkäufe an die ägyptische Regierung im Dezember 1885 noch nicht bekannt. Zur Vermeidung eines Irrthums bemerke ich noch, daß zu allen diesen Ausprägungen keine Valutaverkäufe nöthig waren, weil wir vorhandene Silberbestände den Münzfakten überweisen konnten.

Abg. Dittene (nat.-lib.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Reichstages auf den Mangel an goldenen Zeichenmünzen hinlenken.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Dr. Jacobi: Eine Veranlassung, mit Erhöhung der Ausprägung von Zeichenmünzen vorzugehen, ist der Verwaltung bisher nicht bekannt geworden. Die genehme Anregung wird aber Anlaß sein, der Frage näher zu treten.

Die Diskussion wird geschlossen und die Session bewilligt, ebenso der Rest dieses Tages.

Die Debatte erledigt das Haus die Etats des Reichseisenbahnamtes, des Rechnungshofes, des Reichsinvalidentfonds, der Reichsdruckerei und der Verwaltung der Eisenbahnen.

Zum Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, soweit derselbe der Budget-Kommission überwiesen war, empfiehlt

Referent Abg. Dr. Büchlin: Die Bewilligung des für das nächste Jahr in Folge der zu gemäßigten Steigerung des Verkehrs in Ansehung genommenen Mehrforderung von 6 300 000 Mk. Es entspricht dieselbe dem vermehrten dienstlichen Bedürfnis auf Grund statistischer Nachweisungen über die Zunahme des Verkehrs und der Reichsstatistik wurde wohl auch in diesem Jahre keinen Anstand nehmen, die Bewilligung auszusprechen.

Bei der Position Besoldung für Postkassiere, Sekretäre u. dgl. bringt

Abg. Voedel (Nat.-lib.) bringt im Interesse der Postsekretäre, überhaup der Postbeamten deren ungenügende Besoldung zur Sprache. Die Lage der Landbriefträger ist keine rosig. Unterstellen Sie die Tragweite der Landbriefträger nicht (Gelächter), sie können dem Bauer manchen guten Rath erteilen. Auch die Frage der Sonntagsernte ist für die Post eine dringende. Die Beamten müssen oft, um einen freien Sonntag zu erhalten, dafür in der Woche mehr Dienst thun. Ferner soll jaugt eine Verfügung ergangen sein, wonach bei jedem Beamten, der sich zwei Mal im Jahre krank meldet, eine Untersuchung darüber eintreten soll, ob er sich seinem Gesundheitszustand nach für den weiteren Postdienst eigne.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Auch wir theilen den Wunsch des Vorredners nach einer Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten, aber wir sind in der Realisirung desselben gebunden nicht bloß an die vorhandenen Mittel, sondern auch an das Vergehen bei anderen Reichsämtern. Ich möchte auch glauben, daß die thätigste Lage der Dinge zu so weitgehenden Klagen keinen Anlaß giebt. Wenn die Postsekretäre in einem Alter von 26 Jahren bereits 1650 Mark Dienstloohn bekommen, dann scheint mir das gar keine so schlechte Lage zu sein.

Daß die Sonntagsernte betrifft, so ist die Verwaltung unabhängig bewacht, ihren Beamten dieselbe nach Möglichkeit zu Theil werden zu lassen. Es ist unrichtig, daß die Beamten diese Befreiung sich durch Mehrdienst in der Woche erwerben müssen. Eine Verfügung, wie sie der Vorredner erwähnte, existirt nicht. Die Quelle, aus welcher der Vorredner geschöpft hat, ist eine unzuverlässige. Wenn ferner die Assistenten nicht das Gehalt der Sekretäre haben, so liegt das daran, daß deren Vorbildung meist nur eine elementare ist. Für die Landbriefträger weist schon dieser Etat eine Gehaltserhöhung auf.

Titel 21 wird bewilligt.

Titel 52 verlangt zur Vervollständigung und Verlegung von Telegraphenankerten 4 922 800 Mk.

Referent Abg. Dr. Büchlin bittet diesen Titel zu bewilligen, besonders mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Fernsprecheinrichtungen.

Abg. Dr. Böckel ist der Ansicht, daß sich die unterirdischen Kabel keineswegs bewährt hätten. Insbesondere verurtheilt sie Substitutionsformen, zu deren Festlegung man neue kostspielige Apparate einstellt, die wiederum neue Verbesserungen erzeugen hätten. Die unterirdische Kabelleitung, die man nach Nürnberg angelegt habe, habe auch bald wieder aufgegeben werden müssen. Statt neue unterirdische Kabel anzulegen, sollte man mit dem Geld lieber die Gehälter der Unterbeamten verbessern.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Zum ersten Mal seit zwölf Jahren, seitdem Deutschland den von anderen Nationen bereitwillig anerkannten Vorzug besitzt, unterirdische Leitungen zu besitzen, gegen diese vorzügliche Einrichtung im Reichstag das Wort erhoben worden. (Hört! hört!) Hätte der Vorredner sich besser informiert, so wäre er allerdings die ganze schöne Rede gewonnen. (Heiterkeit.) Seit Begründung des Norddeutschen Bundes ist mir kein noch keine Rede vorgekommen, in der so jeder Satz falsch gewesen wäre wie in dieser. (Heiterkeit.) Von allen Staaten ist anerkannt, daß diese unterirdischen Leitungen einen eminenten Vorzug darstellen; sie sind in den Schneestürmen, wo sie sich weit über unsere Erwartung bewährt haben, unser einziger Rettungsanker. (Hört! hört!) Das konnten Sie an England sehen, das in diesem Jahre England von dem Verkehr mit der übrigen Welt abgeschnitten war. Man hat in Folge dessen die gerade in England besonders wichtige Anlage von unterirdischen Leitungen auch dort in Aussicht genommen und es hieß nur der Kosten wegen hinausgeschoben, doch steht zunächst die Verbindung, zwischen Dover und London bevor. Daß bei Gewittern und Nordstich bei den unterirdischen Leitungen einzelne Störungen vorkommen, ist die einzig richtige Angabe des Vorredners (Heiterkeit), aber davon hat er zum Ausgleich eine falsche Anwendung gemacht. Daß andere Staaten uns nicht nachgeahmt hätten, ist nicht richtig, im Gegentheil ist Frankreich uns darin gleich nachgefolgt. Woher der Vorredner die Mär von der mit Nürnberg hergestellten Kabelleitung und deren Mißerfolge hat, ist mir vollständig unverständlich. (Heiterkeit.) Das ist die größte Unthe, die ich bisher kennen lernte. Wir haben überhaupt noch keine Leitungen außerhalb des Reichsposstgebiets, bemühen uns aber, München und Stuttgart einzubeziehen. Was der Vorredner an der Kabeln sparen will, weiß ich nicht. Es sind ihm Etat gar keine neuen in Aussicht genommen. Ob wir später die unterirdischen Kabelleitungen weiter ausdehnen werden, können wir allerdings noch nicht wissen. Fest aber steht, daß die oberirdischen Leitungen in den Städten nicht zu halten sind und daß man unbedingt zu den unterirdischen übergehen muß. Hier wird wahrheitsgemäß schon in nächster Session dem Hause eine Vorlage gegeben, sämtliche oberirdische Leitungen zunächst in Berlin durch unterirdische zu ersetzen. (Beifall.)

Abg. Dr. Böckel: Zu der Antwort des Herrn Staatssekretärs verweise ich die Auskunft über die mit den neuen Apparaten angelegten Versuche. (Lachen.) Dann möchte ich fragen, wenn in der That die unterirdischen Leitungen so vorzüglich sind, warum benutzt man noch die oberirdischen Leitungen? (Schallendes Gelächter.) Ihr Vorredner berührt mich nicht. Es giebt noch einen höheren Richter, als den Reichstag, das ist die öffentliche Meinung. Es wird sich zeigen, für wen diese sich entscheidet. Das Geld, das in den Kabeln steckt, kommt nicht dem deutschen Volke zu Gute, sondern zu acht Reichtümern der Erde. (Hört!)

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich kann dem Vorredner nur erwidern, daß die erwählten Apparate sich sehr gut bewährt haben. Also auch darin waren keine Angaben falsch. Im Uebrigen verzichte ich auf eine Antwort. (Sehr laut)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest dieses Tages.

Ueber die zum Postetat eingegangenen Petitionen referirt Abg. Dr. Büchlin und empfiehlt, dieselben theilweise der Regierung zur Kenntnisknahme zu überweisen, theils für erledigt zu erklären. Die Abstimmung über die Petitionen wird bis zur dritten Sitzung vertagt.

Zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission wählt das Haus auf Antrag des Abg. Windthorst per Akklamation die Abgg. Dr. Hammer, Kochan, von Büsse, zur Berichtserstattung dieser Kommission die Abgg. Delbrück, Felsch und Dr. Meyer (Halle).

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge der Abgg. Felsch und Kochan, betreffend Ergänzungen der Gewerbeordnung.) Schluß 4½ Uhr.

Verantwortliche Redakteure: F. Dornberg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Köbner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. J. Salomon in Berlin.